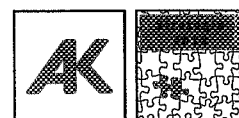


Auszug aus dem Arbeitsprogramm der Arbeiterkammer Wien 2013

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis.....	2
Unsere Leitthemenfelder 2013.....	3
LTF 1 "Mehr Chancengleichheit durch Bildungsreform"	3
LTF 2 "Investiver und produktiver Sozialstaat"	4
LTF 3 "Konsequenzen aus der Krise"	5
LTF 4 "Qualität der Arbeit"	6
Ziele, Vorhaben und Schwerpunkte der Bereiche	7
Zentralbereich	7
Bereich Bildung Kultur Konsumenten Wien.....	10
Bereich arbeitsrechtliche Beratung und Rechtsschutz	14
Bereich Information	15
Bereich Soziales	20
Bereich Wirtschaft.....	26



UNSERE LEITTHEMENFELDER 2013

LTF 1 "Mehr Chancengleichheit durch Bildungsreform"

Ziel ist die bessere Förderung und Qualitätssicherung in allen Schul- bzw. Ausbildungsformen, damit soziale Benachteiligungen bzw. ungünstige Ausgangssituationen kompensiert werden können. Stärkere öffentliche Wahrnehmbarkeit der AK in Bildungsthemen.

- Reform der 9. Schulstufe. Diese ist gegenwärtig mit großen Image- und Zugangsproblemen behaftet.
- Ausbau und Qualität von Ganztagschulen erreichen. Diese Zielsetzung ist sowohl für die Eltern (Entlastung) als auch für die SchülerInnen (Förderung) von zentraler Bedeutung.
- Anerkennung non formaler und informeller Kompetenzen, vorrangig von Älteren und MigrantInnen. Diese Anerkennung ist derzeit noch mangelhaft und benachteiligt insbesondere die genannten Gruppen in der Einstufung und Entlohnung.
- Early School Leaving – Früher Schulabbruch: Analysen und Lösungen. Das von der AK bereits stark bespielte Thema wird im Rahmen eines von Bund und Ländern angekündigten Maßnahmenpakets in unserem Sinne lobbyiert.
- Soziale Durchlässigkeit zum Hochschulsektor thematisieren und öffentlich machen. Berufstätig Studierende und Studierende aus sozial benachteiligten Schichten finden im Hochschulsektor wenig Berücksichtigung. Über den Ausbau von berufsbegleitenden Studiengängen an Fachhochschulen wurde bisher eine leichte Verbesserung erreicht.
- Anerkennung von schulischen Ausbildungen auf dem Arbeitsmarkt. Änderung des Berufsausbildungsgesetzes (Schaffung einer Möglichkeit der Gleichhaltung einer schulischen Ausbildung mit einem Lehrberuf), Erlassung einer Verordnung, die festlegt, welche Schule für welchen Lehrberuf facheinschlägig ist.
- Lehrabschlussprüfung – Verbesserung der Qualität und Rahmenbedingungen. Dazu werden Konzepte erarbeitet. BeisitzerInnen der AN-Seite werden entsprechend qualifiziert, mit Abschluss Zertifikat im Rahmen der geschaffenen Clearingstelle.
- Qualitätssicherung in der betrieblichen Ausbildung. Etablierung entsprechender Systeme.
- Veranstaltung zur Qualität der Lehrausbildung in nichttraditionellen Lehrberufen. Präsentation der Ergebnisse der Evaluierung der letzten zehn Jahre des Amazone-Awards
- Verwertung frauenspezifischer Ergebnisse zu Bildung und Beschäftigung. Nachfolgeprojekt zur Studie von „Qualifikation und Erwerbsarbeit von Frauen von 1970 - 2000 in Österreich“. Die quantitative Analyse soll die Basis für einen

qualitative Befragung zur Berufsverläufen von Frauen bilden, die im Anschluss beauftragt werden soll.

- Qualifikationsplan Wien. Ziel ist die Erhöhung der Chancen für gering qualifizierte AN zur Höherqualifizierung, die Erhöhung des Anteils von AN mit universitärer Ausbildung und die verstärkte Nutzung von mitgebrachten Kompetenzen von ZuwandererInnen.
- Standing Committee - Fokusgruppen AMS Weiterbildungsmaßnahmen. Das Projekt wird fortgeführt.

LTF 2 "Investiver und produktiver Sozialstaat"

Ziel ist die Weiterentwicklung der Teilhabechancen und der sozialstaatlichen Absicherung in Österreich sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, eine höhere Beschäftigungsquote und bessere Arbeitsbedingungen.

- **Entwicklung eines optimistischen Sozialstaatsverständnis - Hauptthesen:**
 - die Zukunft der Sozial- und Wirtschaftspolitik ist positiv gestaltbar
 - Gezielte Investitionen „rechnen sich“ durch den Anstieg der Beschäftigung, einen Beitrag zu höherem Wirtschaftswachstum und durch mittel-/langfristige Mehreinnahmen für die öffentlichen Haushalte!
 - Vorzeigeländer haben hohe Sozial- und Bildungsstandards - dadurch konnten diese Länder auch die Herausforderungen der Krisen(n) „besser“ als andere Länder bewältigen!
- **Verhindern eines Rückbaus der funktionierenden Sozialsysteme zB für eine kurzfristige Budgetkonsolidierung.**
- Nur durch die entsprechenden Investitionen lassen sich die strukturellen Schwächen und Defizite in Österreich beseitigen (ua soziale Infrastruktur, Behebung von Qualifikationsdefiziten, Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit von Älteren, Nutzung von bestehenden Ressourcen und Potenzialen von Menschen mit Migrationshintergrund, Kleinkindförderung, etc.)
- Die Bildungs- und Sozialpolitik iwS muss aktiv egalisierend gegensteuern, da die gegenwärtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Tendenzen in Richtung zunehmender Ungleichheit wirken. Durch die Disfunktionalität der sozialen und wohlfahrtsstaatlichen Institutionen können die gesellschaftlichen Ungleichgewichte verstärkt werden.

LTF 3 "Konsequenzen aus der Krise"

Der erneute Einbruch der Wirtschaftsleistung 2012, die anhaltende Stagnation 2013 und stetig steigender **Höchststände der Arbeitslosenquote** in der EU zeigen, dass die gewählten Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der Krise wenig zielführend sind. Aus Sicht der AK wird der gewählte Pfad fiskalischer Austerität kein nachhaltiges Wachstum, hochwertige Beschäftigung und keine dauernde soziale Sicherung bringen.

Was für die AK im Jahr 6 nach Ausbruch der Krise nach wie vor vordringlich scheint, ist die Krisenursachen endlich anzugehen. **Ziel** ist daher, die **nachhaltige Behebung der Mängel im Wirtschaftssystem** zu forcieren:

- umfassende Regulierungen der Finanzmärkte, Stärkung der KonsumentInnenrechte im Finanzsektor,
- mehr Verteilungsgerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen,
- Neuausrichtung EUropas und der Eurozone auf Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungsziele,
- Wachstumspotenzial Binnennachfrage stärken,
- Langfristige Konsolidierung, die in eine nachhaltige wirtschaftspolitische Gesamtstrategie eingebettet ist und damit mehr Wohlstand und Vollbeschäftigung ermöglicht
- Eine nachhaltige Strukturreform im Steuersystem, die Einkommen auf Arbeit entlastet und Vermögen und Vermögenszuwächse stärker einbezieht und eine europäische Steuerpolitik, die die Schließung von Steueroasen vorantreibt
- Die Rehabilitation des Staates: wir brauchen den Staat als langfristig stabilisierenden Faktor – und auch als Investor in den sozialen Wohnbau und in soziale Dienstleistungen
- Erhaltung der Daseinsvorsorge

Das Leitthemenfeld 3 beschäftigt sich daher im Jahr 2012/13 weiterhin in den Schwerpunkten Verteilungsgerechtigkeit, Finanzmarktregulierung und neues europäisches Wachstum- und Verteilungsmodell mit den genannten Themen.

LTF 4 "Qualität der Arbeit"

Die Einhaltung des inländischen Lohnniveaus ist eines der zentralen Themenbereiche des Leitthemenfeldes „Qualität der Arbeit“ und impliziert nicht nur die aktive Beobachtung des Arbeitsmarktes und Umsetzung der Einhaltung der Bestimmungen des mit 1.5.2011 in Kraft getretenen Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes, sondern auch die Bekämpfung von Sozialbetrug. Zudem interessiert der massive Anstieg der Zahl an Einpersonnen-Unternehmen, die in manchen Wirtschaftsbereichen feststellbar ist, und in diesem Zusammenhang vieles darauf hindeutet, dass es sich um Formen von Scheinselbstständigkeit handelt.

Die Gleichbehandlung in der Arbeitswelt ist ebenfalls als thematischer und gesellschaftspolitisch notwendiger Schwerpunkt vertreten. Die verschiedenen gesetzlichen Diskriminierungstatbestände werden mit besonderem Augenmerk verfolgt und evaluiert. Das AK-Wiedereinstiegsmonitoring zur Beobachtung des Wiedereinstiegsverhaltens nach betreuungsbedingten Karenzzeiten, sowie eine Studie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollen empirische Grundlagen liefern und zentrale Aspekte der Gleichbehandlung verdeutlichen.

Besonderes Augenmerk muss auch auf die Modernisierung des Arbeitsrechts gerichtet werden, dessen zentrale Bedeutung für die ArbeitnehmerInnen nicht gesondert erwähnt werden muss. Eine Reform ist in vielen Bereichen schlichtweg notwendig um das Arbeitsrecht den geänderten gesellschaftlichen Realitäten anzupassen. Insgesamt hat - durch den Einzug neuer Technologien - das gesamte Arbeitsumfeld grundlegende Veränderungen erfahren und bedarf es dazu einer fundierten Auseinandersetzung. Im Bereich der Rechtsdurchsetzung sollen über eine sozialwissenschaftliche Aufarbeitung der Ergebnisse arbeitsgerichtlicher Prozesse weitere Erkenntnisse gewonnen werden.

Arbeitszeitperspektiven sind in Zeiten zunehmender Arbeitsverdichtung, überlanger Arbeitszeiten und psychischer Belastungen am Arbeitsplatz wichtiger denn je geworden. In Verbindung mit den Erfahrungen der Beratungsabteilungen muss sozialpolitische Grundlagenarbeit taugliche Argumente erarbeiten und gleichzeitig gewerkschaftlichen Arbeitszeitbestrebungen eine entsprechende Unterstützung liefern.

Weitere Themenschwerpunkte im Bereich der „Qualität der Arbeit“ liegen in der Fortentwicklung des Behinderteneinstellungsrechts und der Beobachtung der Rechtsentwicklung

ZIELE, VORHABEN UND SCHWERPUNKTE DER BEREICHE

Zentralbereich

Umsetzung der Handlungsempfehlungen des BAK Projekts „Netzwerk Gerechtigkeit - faire Gesellschaft“

In Zusammenarbeit mit Harald Katzmair (FAS.research) und Reinhard Bacher (AURA) haben wir 2012 eine Netzwerkanalyse "Gerechtigkeit - faire Gesellschaft" durchgeführt. Die Ergebnisse wurden eingehend analysiert und führten zur Formulierung von Optimierungs- & Handlungsempfehlungen. Diese gilt es 2013 umzusetzen bzw zu vertiefen.

- Gezielte Nutzung der Ergebnisse
- Verständnis für professionelle NW-Arbeit schaffen und aufrechterhalten
- Aktiver und nachhaltiger Spieler im Netzwerk sein
- Rahmenbedingungen schaffen

Kampagne 2013

Ziel ist es, mit dem erneuten Erreichen von 75%, den politischen Einfluss zu stärken und so die Interessenpolitik bei den Mitgliedern besser zu verankern.

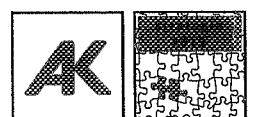
- Ausschreibung einer politischen BAK-Kampagne
- Agentursuche für kommende BAK-Kampagnen
- Organisation und Durchführung der bundesweiten Kampagne

AK Portal Relaunch 2013

Das bestehende Redaktionssystem stößt an seine Grenzen, ein völlig überarbeiteter, bundesweit gemeinsamer AK Internetauftritt mit neuem ContentManagementsystem soll vor der nächsten AK Wahl in Betrieb gehen.

Corporate Governance & Compliance

Ergänzung des innerbetrieblichen Regelwerkes um die Themen Geschenkkannahmen, Datensicherheit udgl. auf Basis des von Prof Brandstetter/WU Wien erstellten Gutachtens.



Prozessevaluierung und -optimierung ZV

Die Arbeitsprozesse der Zentralen Verwaltung sollen durch die Firma act evaluiert und gemeinsam optimiert werden, wobei besonderes Augenmerk auf den Einsatz der vorhandenen personellen Ressourcen, die Notwendigkeit des Einsatzes von Fremdpersonal sowie das Verhältnis zu den bestehenden Wartungsverträgen gelegt. Im Hinblick auf die Evaluierung können sich, die Personen, ihre Verantwortungsbereiche und Kernarbeitsfelder im Jahr 2013, noch verändern.

Bauprojekt Bürogebäude Plößlgasse 2

Ziel ist es, im Jahr 2013 den Vertrag, das Vergabeverfahren PS und ÖBA, sowie die Planung zur Einreichung des Bauprojekts und der Gewerke-Ausschreibungen fertig zu stellen.

FR Software neu

Kommendes Jahr stehen umfangreiche Software-Umstellungen (Jet FIBU/KORE/Workflow durch BMD-ERP-Software) zur Harmonisierung und Effizienzsteigerung am Programm. Zu den Aufgaben zählen - neben der Bewältigung der einhergehenden Prozessumstellungen - dabei: Anschaffung, Anpassung und Installation der Softwarepakete, Datenübernahme und natürlich die Schulungen direkt Betroffener

Wahlvorbereitung/Wahlbüro 2014 in Verbindung mit Bereich Information

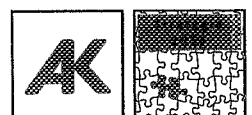
Vorbereitung der Durchführung der AK-Wahl 2014 laut § 12 der AK-WO

- Einrichtung des Wahlbüros und seiner Leitung
- Organisatorische, personelle und finanzielle Vorsorge für die gesetzeskonforme Abwicklung der AK Wahl
- Controlling

Projekt "geordneter Übergang"

Konzeption einer Austrittsphase für ausscheidende MitarbeiterInnen

Gleichsam als Gegenstück zur Integrationsphase für neue MitarbeiterInnen soll eine strukturierte Austrittsphase konzipiert werden, die Führungskräften und MitarbeiterInnen eine geordnete Übergabe bzw einen geordneten Übergang erleichtert. Besonderes Augenmerk im Sinne des Wissensmanagements ist auf Wissenstransfer zu legen.



Mediaetat

- Richtlinien zur Inseraten vergabe
- Meldungen lt MTG,
- laufende Evaluierung des Schaltvolumens und der Mediaagentur

Marketing (Medienstrategie & Kommunikationsstrategie dokumentieren)

Above-the-line Kommunikation mit der Öffentlichkeit, Vermarktung der Leistungen der AK Wien

Lobbying- und Interessensvertretungsgesetz

Das Lobbying- und Interessenvertretungs-Transparenz-Gesetz (LobbyG), BGBl I Nr 64/2012 tritt mit 1.1.2013 in Kraft. Es sieht für die Interessenvertretung durch die Sozialpartner und kollektivvertragsfähigen Einrichtungen eingeschränkte Registrierungspflichten vor, wobei die Daten bis 31.3.2013 zur Eintragung ans BMJ bekanntzugeben sind.

Selbstverwaltungskörper haben eine Reihe von Daten bekanntzugeben. Diese gilt es im Rahmen neu geschaffener Prozesse zu erheben und entsprechend zu melden.

Bereich Bildung Kultur Konsumenten Wien

Diversitäts-Mainstreaming: Die Frage, ob Personen mit Migrationshintergrund gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben in Wien - insbesondere bei Bildung und als KonsumentInnen - teilhaben können oder konkrete Fördermaßnahmen notwendig sind, wird in der Analyse und bei der Formulierung der politischen Forderungen speziell berücksichtigt. Die Ergebnisse des AK-Diversitätsprojektes werden in interessenpolitischer Arbeit und Service umgesetzt.

Die wichtigsten Beiträge zu den Leitthemenfeldern

Leitthemenfeld: Chancengleichheit durch Bildungsreform

Ziel: Bessere Vereinbarkeit von Bildung – Beruf – Privatleben: Schwerpunkt Ganztagsschule

Im Rahmen des Ausbaus der schulischen Ganztagesbetreuung ist gute Qualität für Eltern (Entlastung) und Kinder (Förderung) zentral. Gleichzeitig ist ein rascher Ausbau wichtig, um die bildungspolitischen Erfordernisse umzusetzen. Die Erstellung einer Kriterienliste für gute Qualität in Ganztagsschulen soll die Qualitätsvorstellungen aus der Sicht berufstätiger Eltern sichtbar machen. Studien zum Thema "Kinderbetreuung außerhalb der Schulzeit" und "Best Practice Modelle Ganztagsschule" (Modellschulen in bester Qualität als Leitschulen) bilden die wissenschaftliche Grundlage dafür. Das Thema Ganztagsschule wird Schwerpunkt in der Interessenpolitik sowie der Öffentlichkeitsarbeit sein.

Ziel: "Frühen Schulabbruch verhindern"

Das Thema Early School Leaving (ESL) - Früher Schulabbruch wird 2013 anhand der ausgearbeiteten Vorschläge und Studien weitergeführt und mit Arbeitsmarktanforderungen verschränkt werden. Die Ergebnisse ESL-Studie werden in Abstimmung mit Jugendcoaching, Wiener Ausbildungsgarantie und in Kooperation mit AutorInnen verwandter Studien weiter bearbeitet. Die Problem- und Bedürfnislagen von Personen in Wien, die weder über eine abgeschlossene Schul- oder Lehrausbildung verfügen, noch in den Erwerbsarbeitsmarkt integriert sind, sollen festgestellt werden. Aufbauend auf den Studienergebnissen sollen Ansätze für Lösungskonzepte bzw Präventivstrategien erarbeitet werden. Die AK wird am angekündigten Maßnahmenpaket und dessen Umsetzung mitarbeiten und im regelmäßigen Austausch mit den relevanten AkteurInnen in Wien stehen.

Ziel: Erhöhung soziale Durchlässigkeit zum Hochschulsektor

Berufstätig Studierende und Studierende aus sozial benachteiligten Schichten finden im Hochschulsektor wenig Berücksichtigung. Über den Ausbau von berufsbegleitenden Studiengängen an Fachhochschulen wurde bisher eine leichte Verbesserung erreicht. Die

Forderung nach einem weiteren Ausbau der berufsbegleitenden Plätze bleibt weiterhin zentral in der Öffentlichkeitsarbeit der AK. Die Erhebung zur sozialen Lage der Studierenden und die AK-interne Stipendienstudie unterstützen die AK-Forderungen nach einer grundlegenden Reform der Studienförderung. Eine Studie über die Erleichterung des Hochschulzugangs aus der Berufsbildung sowie eine Evaluierung über die Fächer mit Zugangsbeschränkungen werden einen weiteren Schwerpunkt bilden. Mit einer Studie über den Zugang zu Lehramtsstudien von benachteiligten Gruppen (Migrationshintergrund, Gender) sollen spezifische Hindernisse herausgefunden werden und daraus Lösungsansätze entwickelt werden.

Ziel: Verbesserung der Durchlässigkeit durch Kompetenz-Anrechnung

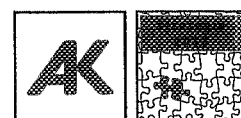
Die AK setzt sich für das Nachholen von Abschlüssen ein, damit neben Basisbildung und Pflichtschulabschluss auch das Nachholen der Lehrabschlussprüfung sowie die Berufsreifeprüfung für alle ohne Gebühren zu erlangen sind. Ziel ist es, den Anteil der AbsolventInnen von den eben genannten Abschlüssen zu erhöhen. Für Alphabetisierung und Basisbildung sind insbesondere umfassende und aneinander anschließende Kurse und Lehrgänge geeignet, da vor allem für bildungsferne Zielgruppen Unterbrechungen des Lernprozesses dem Erreichen des Lernzieles im Wege stehen. Es sollten verstärkt Kursmodelle angeboten werden, die ein kontinuierliches Lernen ermöglichen sowie eine ausreichende finanzielle Absicherung während der Ausbildungszeit sichergestellt werden.

Die Anerkennung formaler und informeller Kompetenzen von Menschen in der Arbeitswelt ist noch mangelhaft und benachteiligt viele Gruppen sowohl im Arbeitseinsatz als auch in der Entlohnung. Ein wichtiger Punkt dabei ist auch die Wertschätzung, Anerkennung und Förderung von Mehrsprachigkeit in Bildung und Arbeitswelt. Die AK wird 2013 an konkreten Vorschlägen zu einem flächendeckenden Modell zur Anerkennung nonformaler und informeller Kompetenzen arbeiten. Neben Verbesserungen bei der Nostrifizierung ausländischer Abschlüsse über den angestrebten „One-Stop“ Shop ist es Ziel die AK als Vertreterin der MigrantInnen in Bildungsangelegenheiten zu positionieren.

Leitthemenfeld: Konsequenzen aus der Krise

Ziel: Leistbare Wohnversorgung thematisieren und durchsetzen

Zentrale Punkte sind dabei Reformen im Mietrecht und Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht zugunsten der MieterInnen erreichen. Im Mietrecht sollen, insbesondere Erhaltungspflichten des Vermieters (Heiztherme, u.a.) festgelegt, Befristungsmöglichkeiten beschränkt und Grundsteuer aus den Betriebskosten herausgelöst werden. Transparenz soll bei den Zu- und Abschlägen und Mietzinssenkung durch ein funktionales Richtwertmietzinssystem hergestellt werden. Die erneute Zweckbindung der Wohnbauförderung sowie Zweckbindung



der Rückflüsse aus bereits begebenen Darlehen würde Sicherung und Ausbau sowie bedarfsgerechte Neubauleistung gewährleisten.

Ziel: KonsumentInnen vor Nachteilen bei Finanzdienstleistungen schützen

Auf EU-Ebene gibt es einige Vorhaben der europäischen Kommission im Bereich der Spar- und Wertpapierdienstleistungen, um Anleger durch Vorschriften über vorvertragliche Informationen insbesondere zu Risiken besser zu schützen. Informationen über Finanzdienstleistungen müssen leicht verständlich und vergleichbar sein. Es wird auch angestrebt, Finanzanlagen zu verbieten, die zu komplex sind, um von der Zielgruppe verstanden zu werden. Provisionsschemata im Vertriebsbereich sollten überdacht werden. Auch Aufsichtsbehörden sollen Konsumentenschutzagenden wahrnehmen.

Das Monitoring von Bankenpreisen (Zinsen, Spesen) wird weitergeführt und einmal jährlich veröffentlicht.

Ziel: Preismonitoring

Weiterführung der regelmäßigen Beobachtung der Preisentwicklungen vor allem im Lebensmittelbereich aber auch bei Drogeriewaren. Anlassbezogen spezifische Preiserhebungen zu Waren oder Dienstleistungen, wenn Preiserhöhungen dazu Anlass geben.

Bibliothek, Archiv, Dokumentation und Institut für Gewerkschaftsgeschichte unterstützen in Kooperation mit den KollegInnen der betroffenen Abteilungen alle vier Leitthemenfelder.

Die wichtigsten Aktivitäten der Abteilung Wien Kommunalpolitik

Ziel: Stärkung der Abteilung Kommunalpolitik als Drehscheibe innerhalb der AK und als Schnittstelle zur Stadt Wien im Bereich kommunalpolitischer Fragestellungen

Ziel: Zeitschrift „AK Stadt“ wird ausbauen

Seit ihrem Start Mai 2012 hat die Zeitschrift „AK Stadt“ ständig an LeserInnen gewonnen. Aktuelle Kommunalpolitik aus ArbeitnehmerInnen-sicht wird verständlich und auf ein Schwerpunktthema konzentriert aufbereitet. Politik und Serviceleistungen der Arbeiterkammern ergänzen die inhaltlichen Angebote. AbonnentInnen sind KollegInnen aus der Stadtpolitik, den Betriebsratskörperschaften, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen im Kommunalbereich, sowie Bedienstete der Stadtverwaltung und interessierte Mitglieder. Ab 2013 soll die Zeitschrift vierteljährlich in einer Printauflage von 5000 Stück erscheinen und der Umfang auf 16 Seiten ausgeweitet werden.

Ziel: Beim Stadtentwicklungsplan Wien 2014 mitgestalten

Beginnend mit 2013 wird bis 2014 ein neuer Stadtentwicklungsplan für Wien erarbeitet. Er legt als langfristiges, informelles Steuerungsinstrument Entwicklungsschwerpunkte und Leitlinien für die mittel- bis langfristige Planung der Stadt fest und zeigt auch räumlich-funktionelle Zusammenhänge zwischen Stadt und Region auf. Als Instrument einer vorausschauenden Stadtplanung gibt er die Möglichkeit, Strategien, Prinzipien und Schwerpunkte vor, die die künftige Entwicklung der Stadt und auch die Möglichkeiten der ArbeitnehmerInnen maßgeblich mitbestimmen. Die aus Sicht der ArbeitnehmerInnen relevanten Problemlösungsansätze und Forderungen im Bereich der Stadtentwicklung werden von den ExpertInnen in den Prozess eingebracht werden.

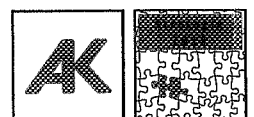
Ziel: „Leben und Arbeiten in der Stadt“

Die Schnittstellen von Arbeit, Wohnen und Freizeit sollen betreffend Verkehr, Stadtplanung und Flächenwidmung in der Stadtpolitik stärker berücksichtigt werden. Ebenso wie die Anforderungen im Bereich der Qualität des Arbeitsumfeldes, der Erreichbarkeit im öffentlichen Verkehr und im Bereich der sozialen Infrastruktur, etc. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden die Interessen der vor Ort Beschäftigten bei städtebaulichen Großprojekten wahrgenommen und durchgesetzt.

Besondere Berücksichtigung und Bearbeitung der Interessen sozial benachteiligter ArbeitnehmerInnen, MigrantInnen und deren Familien auf Stadt- bzw. Stadtteilebene steht im Mittelpunkt.

„Die Soziale Stadt“ verstärkte Berücksichtigung sozial benachteiligter Gruppen

Aufbau und Erweiterung des Kernarbeitsfeldes "Soziale Stadt", das als langfristiger Arbeitsbereich in der Abteilung verankert wird. Die ersten Schwerpunkte werden in den Bereichen politische Partizipation unter spezieller Berücksichtigung von sozialen Beteiligungslagen, öffentlicher Raum und Öffentlichkeit, Diversität und Jugend in Wien gesetzt. Im Bereich Jugend und junge Menschen wird Expertise erarbeitet. Im Fokus stehen junge ArbeitnehmerInnen in Wien. Es soll in unterschiedlichen Feldern (Arbeit, Freizeit, Lebensräume, etc.) herausgearbeitet werden, was junge Menschen bewegt, welche Werthaltungen dominieren, welche kommunalpolitischen Wünsche und Ziele es gibt und welche Rolle die AK in diesen Zusammenhängen spielen kann. Zunehmend lässt sich sinkendes Vertrauen in die Demokratie beobachten, nicht zuletzt die Krise hat diese Entwicklung verstärkt. Neue Formen politischer Beteiligung werden verstärkt gefordert. Es gibt deutliche Hinweise, dass in BürgerInnenbeteiligungsverfahren die sozialen Schieflagen besonders ausgeprägt sind. So sind höhere soziale Schichten in großem Ausmaß überrepräsentiert, was eine ungleiche Verteilung öffentlicher Mittel und Ressourcen nach sich zieht.



Bereich arbeitsrechtliche Beratung und Rechtsschutz

Aus Anlass der Beendigung der Übergangsfristen für die Öffnung des Arbeitsmarktes der neuen EU-Staaten wurde 2011 das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz beschlossen, womit erstmals die Möglichkeit geschaffen worden ist, seitens der staatlichen Behörden die weitestgehend ordnungsgemäße Abwicklung von Lohnansprüchen zu kontrollieren. Die Erfahrungen seit dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen haben gezeigt, dass betroffene ArbeitnehmerInnen von der Möglichkeit das österreichischen Lohnniveaus anzusprechen, nicht ausreichende Bescheid wissen. Im Rahmen einer Novelle zum Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz wird 2013 erstmals die Möglichkeit geschaffen, die Ergebnisse von Überprüfungen die zu Anzeigen gegenüber entsendenden Arbeitgebern führen, auch an die von Lohndumping betroffenen ArbeitnehmerInnen weiterzugeben. Im Jahr 2013 wird daher für die Arbeitnehmerinteressenvertretungen die Hilfestellung zur Durchsetzung von Forderungen von ArbeitnehmerInnen im Baubereich eine zusätzliche Aufgabe darstellen, die gemeinsam mit der öffentlichen Kontrolle der Einhaltung der Lohnzahlungsbestimmungen die Erhaltung des österreichischen Lohnniveaus gewährleisten soll.

Im Jahr 2013 soll erstmals nach einer vieljährigen Unterbrechung im Rahmen einer sozialwissenschaftlichen Studie die Aufarbeitung der Erledigungen der gerichtlichen Auseinandersetzungen die am Arbeits- und Sozialgericht Wien anfallen, in Angriff genommen werden. Ziel dieser Untersuchung ist es, auch außerhalb der seitens der Arbeiterkammer Wien unterstützt geführten Verfahren einen Überblick darüber zu gewinnen, welche Verfahren geführt werden, wie diese geführt werden und welchen Ausgang sie nehmen.

Bereich Information

Einrichtung des Wahlbüros

Beginn der Arbeit im 2. Quartal 2013

Kontaktpersonen der AK-Wahl 2009 – „Projekt 1500“ und Wahlbüro, AK-Wahl 2014

Nach der AK-Wahl 2009 hat die Abteilung Service und Information – gemeinsam mit den Gewerkschaften – begonnen, die ca 2500 Kontaktpersonen der AK-Wahl 2009 kontinuierlich zu betreuen. Das ist in den Jahren 2010, 2011 und 2012 gut gelungen und wird 2013 bis zum Beginn des Wahlbüros fortgesetzt. Mit Start Wahlbüro werden - im Zuge der Betriebsakquisition – vor allem die Außendienst Mitarbeiterinnen im Betriebswahlsprengel organisieren erneut mit diesen Kontaktpersonen die Durchführung der AK-Wahl beraten.

Die Kontaktpersonen wurden jedes Jahr zu einem exklusiven Zielgruppen-Event eingeladen (Remise 2009, Volkstheater 2010, Volkstheater 2011, Volksoper 2012).

Die notwendigen Vorbereitungen für das Wahlbüro 2013/2014 (Wahlsoftware, Prozesse im WB, Personal, Vorbereitung / Durchführung regelmäßige Planungsteamsitzungen / Infrastruktur) sind getroffen worden.

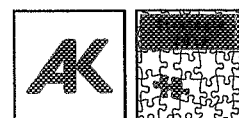
Kontrolle der Betriebsratsfonds sowie deren treuhänderische Verwaltung

Tunlichst jährliche Prüfung der Kassengebarung und der Vermögensschaften der Wiener Betriebsratskörperschaften (2012: 1.750 Fonds).

Beratung und Unterstützung von BR-Körperschaften, Schulungen, die Zurverfügungstellung elektronischer Hilfsmittel zur Kassenführung sowie Netzworlbildung und Informationsweitergabe von und zur AK Wien und den Fachgewerkschaften.

IFAM Ausbildung von ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat

Im Rahmen der IFAM Reihe bietet die AK in Kooperation mit dem ÖGB ein spezielles Ausbildungsprogramm für Aufsichtsräte an. Das Repertoire umfasst betriebswirtschaftliche und juristische Inhalte. Ergänzt wird die Ausbildung um Seminare, die sich mit Umstrukturierungen, Sitzungsvorbereitung, aktuellen Veränderungen, Risikomanagement, Wirtschaftskriminalität, Wirtschaftsprüfung, Unternehmensstrategie, Psychologie im Aufsichtsrat sowie Qualität des Aufsichtsrates befassen. AK-Interne Kooperationspartner sind va die Abteilungen Weiterbildung AN-VertreterInnen sowie Sozialpolitik.



Strukturwandelbarometer

Das Instrument „Strukturwandelbarometer“ nützt das ExpertInnenwissen von BetriebsrätInnen (in Abstimmung mit ÖGB und Fachgewerkschaften) für ganz aktuelle Aussagen zum stattfindenden betrieblichen Strukturwandel. Die Erfahrungen der BetriebsrätInnen werden im Rahmen eines Panels von 300 Personen 2-mal pro Jahr abgefragt – besonders im Hinblick auf für den Strukturwandel aus AN-Sicht kritische Dimensionen (Aus- und Verlagerungen, Eigentümerwechsel, Investitionen, Weiterbildung, Einkommen, Arbeitsdruck, Leiharbeit, Teilzeitarbeit, Genderaspekte, Mitbestimmung,...). Für die operative Umsetzung der Panelbefragungen und die Entwicklung eines kommunikationstauglichen Index wurde IFES beauftragt.

Beratung zu Fragen der wirtschaftlichen Mitbestimmung

Im Bereich werden Beratungen für ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat und GewerkschafterInnen in wirtschaftlichen Angelegenheiten durchgeführt. Dazu zählen vor allem Bilanzanalysen, Aufsichtsratsberatung, Umstrukturierungen und strategische Beratung, Analysen von Budgets und Kennzahlen, Mitarbeiterbeteiligung und gesellschaftsrechtliche Beratung.

Berufliche Aus- und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen, insbesondere von Lehrlingen und HandelsschülerInnen, fördern!

Die Fachausschüsse haben durch geeignete Maßnahmen die berufliche Aus- und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen, insbesondere von jungen AN, zu fördern und zu unterstützen. Der Ausbau der Kurstätigkeit der Fachausschüsse, die Weiterentwicklung der Berufswettbewerbe sowie die Fortführung der Aktion ‚Psyhyrembel Klinisches Wörterbuch‘ sind die zentralen Anliegen der Fachausschüsse insbesondere in Bezug auf junge ArbeitnehmerInnen, wobei neue Berufsgruppen laufend mit einbezogen werden.

Branchenanalysen

Erstellung von Branchenanalysen (Bauwirtschaft, Brauereien, Chemische Industrie, Elektrizitätsversorgung (EVU), Flughäfen, Gas und Wärme, Handel, Informationstechnologie, Krankenhäuser, Kreditinstitute, Mineralöl, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Papiererzeugende Industrie, Sozialbereich, Telekom, Textilindustrie, Versicherungen) und Branchenbenchmarks (Alkoholfreie Getränke, Rehabilitationszentren, Molkereien, außeruniversitäre Forschung, Bildung, Verlage, Reinigungsbranche, Sicherheitsdienstleistungen, Spedition – Logistik, Gütertransport, Werbung und Marketing, Wochen- und Tageszeitungen, Zeitschriftenverlage, Autobusunternehmen, Bogendruck,

Rollendruck, papierverarbeitende Industrie, KMU-Gewerbe, Notariats- und Rechtsanwaltskanzleien) zur Unterstützung der Gewerkschaften bei Kollektivvertragsverhandlungen.

Bei Metall-, Handel- und Bankenstudie wird eine mediale Begleitung sowie Abstimmung mit den Gewerkschaften diesbezüglich immer bedeutender. Zusätzlich sind bei diesen Branchen häufig Zusatzauswertungen durchzuführen.

Bilanzdatenpool BAP

Elektronische Erfassung von Jahresabschlüssen österreichischer Kapitalgesellschaften in Bilanzanalyseprogramm (BAP Datenpool). Zusätzlich werden außerhalb des Datenpools ATX-Unternehmen und Banken erfasst.

Corporate Governance

Die Abteilung BW nimmt aktiv an der Weiterentwicklung des Gesellschaftsrechts teil. Dazu gehört eine aktive Beteiligung an Arbeitskreisen im Justizministerium genauso wie die Mitarbeit bei gesellschaftsrechtlichen Stellungnahmen. Hauptverantwortung hat WP. Corporate Governance Kodex wird von BW verantwortet. Gesellschaftsrechtliche Forderungen bezüglich Managergehälter werden von beiden Abteilungen gemeinsam entwickelt. Aktive Öffentlichkeitsarbeit – wenn sinnvoll – soll helfen, die Forderungen der AK zu unterstützen. Die Themen sind Aufsichtsrat/Überwachung, Reform von UGB, Gesellschaftsrecht, Corporate Governance Kodex, Internationale Entwicklung auf gesellschaftsrechtlicher Ebene.

Gesellschaftspolitisches Diskussionsforum (GEDIFO)

Plattform, getragen von der Arbeiterkammer und dem VÖGB mit dem Ziel des Informationsaustausches und der Unterstützung der „Praxis“ von AN-Interessenvertretungen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft, inkl. Beratung und Wissenschaft. Focus: Aktuelle gesellschaftspolitische Trends. Informations-, Kommunikations- und Unterstützungsformate: Plenarveranstaltungen mit besonderer Berücksichtigung neuer Präsentations- und Kommunikationstools (Designs...); Communities of Practice (CoP) zum praxisorientierten Austausch zwischen den einzelnen CoP-Members, unterstützt auch durch die elektronische Plattform

Monitoring der betrieblichen Verteilungspolitik (Gewinne, Dividenden, Managergehälter, Steuern, AK-Unternehmensmonitor)

Laufende Untersuchung der Entwicklung der Verteilung innerhalb der Unternehmen. Dabei stehen mehrere Samples zur Verfügung: ATX-Unternehmen, Konzernunternehmen, Banken (ev Versicherungen), BAP Pool. Die Untersuchungen thematisieren ua die immer stärker aufgehende Schere zwischen Gewinnen, Dividenden und Managergehältern und Steuerleistung auf der einen Seite und Lohn- und Gehaltsentwicklungen auf der anderen Seite.

Die Ergebnisse werden in diversen Einzelstudien veröffentlicht. Im AK-Unternehmensmonitor erfolgt eine zusammenfassende „Jahresschau“ aller Branchen.

Weiterentwicklung der Rechnungslegung – IFRS, Modernisierung der nationalen RL, Reform der Wirtschaftsprüfung

- Aktive Beteiligung bei „Modernisierung der Rechnungslegung“ auf nationaler Ebene
- Kooperation mit Boeckler Stiftung bei der Interpretation der Entwicklung der Rechnungslegung;
- Umsetzung der Bilanzpolizei (Rechnungslegungskontrollgesetz)- Überprüfung einer Beteiligung durch AK;
- Stellung beziehen bei Entwicklungen auf internationaler Ebene (zB Überarbeitung der 4. und 7. Richtlinie, Einführung von IFRS KMU)

Monitoring von Banken und Versicherungen

Insbesondere die Abteilung WW unterstützend wollen wir Regulierungsinstrumente fordern, evaluieren, vorantreiben (Stabilisierungsmaßnahmen bei Banken, Rekapitalisierung, Implementation von BASEL III, Vergütungsfragen etc). Die Abt BW wird dabei insbesondere Monitorings (zB Banken-Jahresabschlüsse etc) erarbeiten und zur Verfügung stellen.

Ratingagenturen

Ende 2012 haben sich die Kommission, das Europäische Parlament und der Rat auf einen Kompromissvorschlag zur Regulierung der Ratingagenturen geeinigt. Einige Forderungen der AK wurden umgesetzt, etliche – zB Rotation – wurden nicht umgesetzt. Wir werden diese Vorschläge etwa in Form einer Veranstaltung aufarbeiten und diskutieren.

Studie „Betriebliche Mitbestimmung in Österreich“

Wie bereits in den Jahren 1972, 1981, 1992 und 2002 wird eine österreichweite, repräsentative Erhebung der Einschätzungen und Einstellung der, dem ArbVG unterliegenden ArbeitnehmerInnen, zur betrieblichen Mitbestimmung unter der Federführung der sozialpolitischen Abteilung durchgeführt.

Politische Seminare für ArbeitnehmervertreterInnen

Zweck dieser Seminare ist, die Ziele der Leitthemen als ArbeitnehmervertreterIn argumentativ vertreten zu können und durch gezielte Kommunikation mit KollegInnen im eigenen Umfeld zu verbreiten.

Die Themen werden im Lehrgang „Sozialakademie“ und im Lehrgang „BetriebsrätInnenakademie“ behandelt, die TeilnehmerInnen werden mit den Schwerpunkten und Zielsetzungen vertraut gemacht.

ReferentInnenakademie

Relaunch der ReferentInnenakademie zur Kompetenzerweiterung und Professionalisierung der ReferentInnen im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Ziel: TrainerInnen und ReferentInnen Kompetenzen sowie Fachwissen für eine beteiligungs- und handlungsorientierte gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zu vermitteln, die letzten Endes dazu beiträgt, die Durchsetzungsfähigkeit der verschiedenen gewerkschaftlichen Akteure zu erhöhen.

Angebote für AbsolventInnen der SOZAK und der Wiener BRAK

Ziel: Bindung der AbsolventInnen der SOZAK und der Wiener BRAK an die Organisation AK, im Bereich der Wiener BRAK auch im Hinblick auf die AK-Wahlen

Zusammenarbeit mit Gewerkschaften

Die Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften, bei der Durchführung gemeinsamer Projekte, ist eine wichtige Aufgabe des Bereichs.

Dazu gehört auch die Bereitstellung von für ArbeitnehmervertreterInnen relevanten Informationen in gedruckter und elektronischer Form (AK aktuell, Thema, Info-Pool, Newsletter).

Bereich Soziales

Ein funktionierender Sozialstaat hat eine ganz wesentliche Bedeutung für das Funktionieren der Wirtschaft und den sozialen Fortschritt. Ein leistungsstarker Sozialstaat bedarf unmittelbar keiner ökonomischen Rechtfertigung, seine Erfolge messen sich an Kriterien wie der Herstellung von Gerechtigkeit, Chancengleichheit oder sozialem Zusammenhalt.

Durch **gezielte Investitionen in den Sozialstaat**, zum Beispiel in den Bereichen Kinderbetreuung, Pflege, Bildung, Gesundheitsförderung etc, können **strukturelle Probleme gelöst** werden, **Arbeitsplätze geschaffen** und letztendlich auch durch **höheres Wirtschaftswachstum** und **steigende Einkommenschancen** ein positiver und nachhaltiger Beitrag zur **Budgetkonsolidierung und Sozialstaatsfinanzierung** geleistet werden.

Durch fundierte Grundlagenarbeit in den verschiedensten Bereichen der sozialstaatlichen Absicherung (va Pensionen, Arbeitslosenunterstützung, Familienpolitik, etc) sollen empirisch abgesicherte Argumentationslinien zur Weiterentwicklung der sozialstaatlichen Strukturen entwickelt werden und mit gezielter Medienarbeit verbreitet werden.

Die wichtigsten Beiträge zu den Leitthemenfeldern

Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit / Gesund in Pension gehen

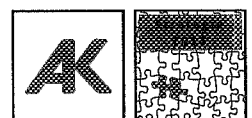
Ziel: Verhältnisprävention fördern / Beschäftigungsfähigkeit festigen

Zur Versorgungsfunktion des Gesundheitssystems muss viel stärker als bisher die Präventionsfunktion treten. Vor allem die betriebliche Gesundheitsförderung muss aufgewertet werden. Ein umfassendes Präventionsgesetz ist anzustreben.

Psychische Erkrankungen/(Fehl)Belastungen/Beanspruchungen am Arbeitsplatz nehmen in den letzten Jahren rasant zu und verursachen nicht nur individuelles Leid, sondern sind auch mit erheblichen Kosten für die öffentlichen Haushalte verbunden – diesen Trend zu stoppen und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, dass psychische Erkrankungen im Ansatz verhindert und effektive Versorgungsketten institutionalisiert und in hoher Qualität angeboten werden, bleibt eine zentrale Herausforderung.

Ziel: Umsetzung Bad Ischl Prozess 2011

Als konkrete Umsetzungsschritte zum Bad Ischler Dialog 2011 wurden vom BMASK zwei Arbeitsgruppen (Pension und Arbeitsmarkt) eingesetzt, Abstimmungsprozesse zwischen den relevanten Trägern (PVA/GKK/AMS etc.) und weitere Sozialpartnerverhandlungen erfolgreich abgeschlossen. Mit dem SRÄG 2012 gibt es auch eine neue rechtliche Grundlage, die vielfältige Implikationen in den verschiedenen Politikfeldern mit sich bringt – jedenfalls gilt es, den Umsetzungsprozess zu beobachten und ggfs is der ArbeitnehmerInnen zu adaptieren.



Je besser es gelingt, eine möglichst große Zahl von Menschen aller Altersgruppen in das Erwerbsleben zu integrieren und sie länger (gesund) im Erwerbsleben zu halten, desto mehr werden die öffentliche Haushalte – insbesondere die gesetzliche Pensionsversicherung – entlastet werden. Damit wird durch gesundheitserhaltende bzw arbeitsfähigkeitsunterstützende Investitionen ein nachhaltiger Konsolidierungsbeitrag einerseits durch entsprechende Minderausgaben (zB für Invaliditätspensionen) und andererseits durch Mehreinnahmen bei steigender Beschäftigung geleistet.

Weiterentwicklung der sozialstaatlichen Absicherung

Ziel: Angebot an Sachleistungen ausweiten

Positive Effekte eines flächendeckenden und qualitätsvollen Angebots an sozialer Infrastruktur – va in den Bereichen Kinderbetreuung und Altenpflege – sind augenscheinlich (vgl Erfahrungen in den nordischen Ländern, Niederlanden, Großbritannien, Frankreich und Deutschland): Höhere direkte/indirekte Beschäftigungschancen (insbes für Frauen), weniger „Schwarzarbeit“, bedarfsgerechtere Angebote für (Klein-)Kinder [ua Frühkindförderung, Abbau der Ungleichheiten unabhängig von ethnischen bzw sozialen Herkunft, etc)], höhere Qualität und Effizienz bei der Erbringung der Dienstleistungen durch „Professionalisierung“.

Neben der Verwertung von aktuellen Befragungen und internationalen Vergleichsstudien im Bereich der Familienpolitik, steht im Vordergrund, innovative Konzepte für die Finanzierung (zB bessere Zweckbindung bestimmter EU-Mittel), Organisation, den Betrieb und grundlegende strukturelle Reformen in den Bereichen Kinderbetreuung und Pflege zu entwickeln.

Eine 2012 neu gegründete „Arbeitsgruppe Pflege“ wird erste Ergebnisse der bisherigen analytischen und konzeptionellen Arbeit aufbereiten und präsentieren.

Investive Strategien – Return on Investment

Ziel: Abhängigkeitsquotenrechner (AQR) – Weiterentwicklung und Vermarktung

Nur über eine möglichst hohe aktive Erwerbsbeteiligung kann es gelingen, sowohl die Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte angesichts einer alternden Gesellschaft sicherzustellen als auch die individuelle Lebensstandardsicherung über den Lebenszyklus zu ermöglichen.

Um die aktuell bestehenden Arbeitskraftpotenziale (va Ältere, Frauen, Jugendliche und MigrantInnen) die in Österreich derzeit nicht entsprechend ausgeschöpft werden (können), zu „heben“ sind investive Ansätze in allen wesentlichen Politikbereichen (Bildung, Wirtschafts-/Beschäftigungspolitik, Arbeitsmarktförderung, etc) unerlässlich. Dass sich diese „Investitionen“ mittel- und langfristig „rechnen“, ist empirisch eindeutig belegbar und kann mit entsprechenden Szenarien ua des AQR für den politischen und wissenschaftlichen Diskurs veranschaulicht werden.

Ein wesentliches Teilziel stellt stets die Erarbeitung von Argumentarien dar, dass es für die gesetzliche Pensionsversicherung auch in Zukunft keine „echten“ Alternativen (private Vorsorge, Leistungskürzungen) gibt, wie auch laufende Aktualisierungen und Erweiterung der bestehenden Funktionalitäten.

Ziel: Quantifizierung der „Kosten“ des „Nicht-Handelns“

Für sämtliche wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen gilt: „Nicht-Handeln heißt nicht, dass es NICHTS kostet!“ – im Gegenteil: höhere Arbeitslosigkeit, die Vergeudung der Potenziale (ua gute Qualifikation von Frauen), Versorgungsdefizite in der (sozialen) Infrastruktur, etc verursachen Kosten! Diese Kosten zu quantifizieren, stellt eine essentielle Voraussetzung für einen erfolgreichen Diskurs zum Ausbau und zur Weiterentwicklung des Sozialstaats dar.

Hier gilt es auch (internationale) Kooperationen zu stärken, zB EK, DG Employment/Eurofound/etc und stärker im wissenschaftlichen und politischen Diskurs zu positionieren.

Ziel: Positionierung der österreichischen „Ausbildungsgarantie“ als europäisches Best-Practice-Modell

Neben der Erarbeitung von empirischen Grundlagen, zielgruppenspezifischen Aufbereitungen, einer Weiterentwicklung und Abstimmung der zentralen AK/ÖGB-Positionen geht es um eine positive Beeinflussung des Diskurses auf europäischer Ebene und letztendlich um die Implementierung weiter erfolgreicher Instrumente zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

Grundlagenarbeit im Bereich der allgemeinen Sozialpolitik

Ziel: Literatursammlung/Kampagnenbeobachtung

Die Sammlung wichtiger, zitierbarer Textbausteine aus der fachlich/politisch einschlägigen Literatur (EK, OECD, UNO, ILO etc) ist eine wichtige Hilfestellung für die interessenpolitische Auseinandersetzung. Dass oft auch die „Aufbereitung“ der Materialien eine nicht unwichtige Rolle spielt, ist ebenfalls evident. Für relevante AK-Aktivitäten soll auf die (internationale) Kampagnenerfahrung „befreundeter“ Institutionen (zB ÖGB, Verdi, etc) zurückgegriffen werden.

Ziel: AK-Publikationen und Vortragsaktivitäten steigern

Eine erhöhte Publikationsaktivität im Bereich Soziales selbst bzw in Form von bereichsübergreifenden Kooperationen ist vorgesehen: ua Fortführung/Nutzung der neuen Publikationsreihe „Sozial- und Wirtschaftsstatistik aktuell“, Publikationen zu den Themen „Verteilungs- bzw Leistungsgerechtigkeit“, AQR-bezogene Publikationen, uvm.

Diese Studien/Materialien sollen auch für die Schulungs- und Vortragsaktivitäten der AK-MitarbeiterInnen (in den Länderkammern) nutzbar sein! Dies gilt va auch für die diversen – besonders medienwirksamen – „Monitorings“ der AK: „Erweiterungsmonitor“ (Kontext: EU-Öffnung), „Arbeitsmarktmonitor“ (früher „Arbeitsmarkt-Index“), „Wiedereinstiegsmonitor“ nach der Karenz.

Die wichtigsten Beiträge zu den Kernarbeitsfeldern

Ziel: Studie „Betriebliche Mitbestimmung in Österreich“

In den Jahren 1972, 1981, 1992 und 2002 führte die AK eine groß angelegte Repräsentativ-Umfrage unter ArbeitnehmerInnen in Österreich zum Thema betriebliche Mitbestimmung durch. Diese Erhebungen dienten va der Erfassung der Wahrnehmung und Einschätzung der Praxis vor allem der betrieblichen Mitbestimmung durch die ArbeitnehmerInnen.

Von den Gewerkschaften wurde im Frühjahr 2011 an die AK Wien der Wunsch herangetragen, diese Großerhebung auch 2011/12 wieder durchzuführen. Mit der Umsetzung wurde im Rahmen eines öffentlichen Ausschreibungsverfahrens das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) beauftragt. Dabei werden 2.400 Beschäftigte (die dem ArbVG unterliegen) sowie 500 BR-Mitglieder befragt.

Ziel: Vorbereitung des Gesundheitsberuferegisters im Rahmen eines Abteilungsreferats

Durch das Gesundheitsberuferegistergesetz wird die Bundesarbeitskammer zur Führung eines Registers für nicht-ärztliche Gesundheitsberufe ermächtigt, das Mitte 2014 wirksam werden soll. Im Jahr 2013 sind umfassende Vorbereitungsmaßnahmen erforderlich (bundesweite Koordinierung und IT-Vernetzung, Geschäftsordnung und Registrierungsmodalitäten, Aufbau einer Serviceleistung für Pflegekräfte und MTD und verstärkte Unterstützung dieser Berufsgruppen bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen).

Ziel: Novelle zum ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG) und deren Umsetzung

Die Novelle regelt nun klar, dass im Betrieb auch Gefahren ermittelt und beurteilt werden müssen, die zu psychischen Belastungen führen können. Für die AK gibt es deshalb neue und gestiegene Anforderungen in den Bereichen Service und Information (Erarbeitung und Aktualisierung von Produkten wie Broschüren sowie Hilfestellung bei der praktischen Anwendung von Rechtsvorschriften im ArbeitnehmerInnenschutz).

Ziel: Mitgestaltung Arbeitsmarktpolitik / neue Bundesverwaltungsgerichtsbarkeit

Dabei geht es ua auch um die Weiterentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Umsetzung des Sozialrechts-Änderungsgesetz 2012 (SRÄG 2012) insbesondere um spezielle Maßnahmen für gesundheitlich beeinträchtigte Arbeitsuchende.

Durch die Schaffung eines neuen Bundesverwaltungsgerichtes, das seine Arbeit 2014 aufnehmen wird, ergibt sich in Arbeitslosenversicherungs-Agenden ein neuer Instanzenzug für das Rechtsmittelverfahren. Das erfordert eine Teil-Änderung des Beratungsprozesses in der AK.

Ziel: Organisation Diversitäts-Jour Fixe

Von Präsidium und Management-Team (MT) wurde auf Basis des 2012 abgeschlossenen Projektes „Diversitätsstrategie“ ein "Diversitäts-Jour fixe" als bereichsübergreifende ständige Arbeitsgruppe eingerichtet, die von der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration koordiniert wird. Ihr Auftrag ist es, die von der Arbeitsgruppe entwickelten Projektvorschläge anzustoßen, neue zu erarbeiten und mit dem MT rückzukoppeln.

Ziel: Vereinfachung Kinderbetreuungsgeldgesetz

Das mit 1. Jänner 2010 in Kraft getretene Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG) bietet Eltern die Möglichkeit, aus zwei Systemen mit insgesamt fünf verschiedenen Bezugsvarianten des Kinderbetreuungsgeldes (KBG) zu wählen.

Es besteht aber nach wie vor Reformbedarf zur Vereinfachung der bestehenden Rechtslage. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit soll es zu AK-Reformvorschlägen geben, die sich im Wesentlichen auf die Zuverdienstgrenze, den Wechsel zwischen den KBG-Modellen und die Erleichterung partnerschaftlicher Teilung konzentriert.

Ziel: Verwertung des AK-Wiedereinstiegsmonitorings

Erstmalige Präsentation des AK-Wiedereinstiegsmonitorings, das von L&R Sozialforschung im Auftrag der AK Wien erstellt wird (Fertigstellung: Anfang 2013). In der Folge soll dieses Monitoring 1x jährlich zur Beobachtung des Wiedereinstiegsverhaltens nach betreuungsbedingten Karenzzeiten aufgrund der Geburt eines Kindes aktualisiert werden.

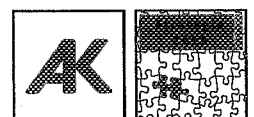
Ziel: Studie "Neue Arbeitsformen im Grenzbereich unselbständig - selbständig"

Aus AN-Sicht ist vor allem von Interesse, wie sich die Erwerbskategorien freie DienstnehmerInnen und neue Selbständige (mit oder ohne Gewerbe) entwickeln bzw in welcher Form und in welchem Ausmaß Verschiebungen von klassisch unselbständigen Berufen hin zur „Selbständigkeit“ stattfinden. Besondere Bedeutung hat dabei das Phänomen der Schein-Selbstständigkeit.

Die Datenlage dazu ist in mehrfacher Hinsicht unbefriedigend und sollte studienbasiert mit auch in Richtung Kompatibilität verbessert werden. Im Fokus der Untersuchung soll vorerst die Berufsgruppe Bau und in der Folge ggfs Bürotätigkeiten, Verkehr und Kulturschaffende stehen. Die Fertigstellung der „Bau-Studie“ ist bis Juni 2013 geplant.

Ziel: Vertragsklauselbefragung 2012/2013

Bereits im Jahr 2006 wurde ein Fragebogen zum Thema kritische bzw. unfaire Klauseln in Arbeitsverträgen etabliert und von der Fachhochschule Wiener Neustadt im Rahmen einer Internetbefragung umgesetzt und ausgewertet. Die Neuauflage dieser Befragung 2012/2013 wurde gemeinsam mit dem ÖGB geplant und soll Ende März 2013 abgeschlossen sein. Spezifische Fragestellung in Richtung Konkurrenzklausel, Ausbildungskostenrückerstattung, All-in-udgl sollen nicht nur Aufschluss über die bestehende Situation geben, sondern auch einen Vergleich zur Entwicklung seit 2006 ermöglichen.



Bereich Wirtschaft

Das Jahr 2013 wird stark von den Nachwirkungen der Finanzmarktkrise bzw. der Großen Rezession 2008/09 geprägt sein. Die nach dem unerwartet starken Aufschwung 2010/11 bereits 2012 wieder erfolgte Abschwächung der Konjunktur wird auch 2013 der Wirtschaftsentwicklung ihren Stempel aufdrücken. Österreich hat im Vergleich zu den EU-Ländern eine relativ günstige Position, doch werden auch bei uns die Problemlagen schwieriger – insbesondere beim Budget, im Finanzsektor, auch am Arbeitsmarkt.

Die Fragen der wirtschaftspolitischen Konsequenzen der Krise werden vor allem die Arbeitsschwerpunkte im Rahmen des AK-bereichsübergreifenden Leitthemenfeldes 3 bestimmen. Ein besonderer Schwerpunkt wird 2013 die **Verteilung von Einkommen und Vermögen** sein, in der Darstellung der relevanten Fakten und in ihren steuerpolitischen Konsequenzen. Daneben beinhalten die zentralen Felder der Wirtschaftspolitik wie Energie- und Klimapolitik, Daseinsvorsorge, Wettbewerbspolitik u.a. ebenso ihre Relevanz. Im Bereich der Makroökonomie wird weiter an einer Konkretisierung der Konzeption auf EU-Ebene für einen Kurswechsel, insbes. in langfristiger Perspektive, gearbeitet. Langfristige Orientierungen brauchen besonders die Energie- und Klimapolitik und die Daseinsvorsorge (für die soziale Kohäsion).

Die wichtigsten Beiträge zum Leitthemenfeld 3 „Konsequenzen der Krise“

- Finanzmärkte regulieren
 - Regulierung von Banken, Versicherungen und Finanzmarktinstrumente – Abt. WW, WP, EU, BW
 - Finanztransaktionssteuer – Begleitung und Aktionen bei Umsetzung – Abt. SR
 - Maßnahmen gegen die Spekulation auf den internationalen Öl- und Rohstoffmärkten – Abt. WP
- Neues Wachstums- und Verteilungsmodell
 - Kurswechsel in der europäischen Makropolitik – Abt. EU, WW
 - Entwicklung einer Steuerstrukturreform nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten – Abt. SR, UV
- Verteilungsgerechtigkeit
 - Lohnverhandlungen und Koordination in der EU – Abt. WW
 - Vermögenskonzentration als Ursache gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte - Abt. WW

Energie- und Klimapolitik – Abt. WP, UV

- Energieeffizienz (Entwurf der EK zur Energieeffizienz-RL, Regulierungsmaßnahmen für den Nah- und Fernwärmesektor)
- Erneuerbare Energien, Begrenzung bzw Abwehr übermäßiger Kostenbelastungen der KonsumentInnen
- Berücksichtigung von gesamtwirtschaftlichen Wirkungen (Verteilung und Effizienz) in der Klimaschutz- und Energiepolitik

Daseinsvorsorge

- Daseinsvorsorge 2013 (internationale, europäische und sektorielle Ebene), Binnenmarkt und öffentliche Dienstleistungen – Abt. UV, EU
- Öffentlicher Nahverkehr, PendlerInnenpolitik – Abt. UV
- Eisenbahnpolitik (Erhaltung einer starken ÖBB zur Sicherung eines optimalen Verkehrsangebots auf der Schiene, Mitgestaltung des europäischen und österreichischen Eisenbahnrechts) – Abt. UV

Wettbewerbspolitik – Abt. WP

- Verabschiedung der Novelle des Kartellgesetzes nach wie vor offen
- Mineralölmarkt: Preisbeobachtung, Nachdruck auf wettbewerbsfördernde Maßnahmen
- Gas- und Strommarkt (Preismonitoring, Netzkosten)

Gesellschaftsrecht und Privatisierung

- Vergaberecht: Einbeziehung von Sozial- und Umweltkriterien bei Vergabe auf EU Ebene – Abt. WP
- Mitwirkung der Sozialpartner im Vollzug des Übernahmerechts bei Reform sicherstellen – Abt. WP
- Privatisierung (ÖIAG, ÖBB, EU Binnenmarkt und öffentliche Dienstleistungen) – Abt. WP, UV, EU, WW, BW

Steuerpolitik – Abt. SR

- (Weiter-)Entwicklung von Vorschlägen zur Vermögens-, Erbschafts- und Unternehmensbesteuerung
- Öffentliche Bewusstseinsbildung für mehr Steuergerechtigkeit durch Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steueroasen und Steuerwettbewerb

Europäische Wirtschaftspolitik

- Finanztransaktionssteuer umsetzen – Abt. SR, EU
- Entwicklungsperspektiven der EU: EU 2020 (Mitgestaltung des österreichischen Reformprogrammes) – Abt. EU, WW
- Kampf gegen die Übermacht der Wirtschafts- und Finanzlobbys in Brüssel – Abt. EU

Dienstleistungen – Abt. SR

- Beratung in Lohnsteuerangelegenheiten
- Steuerspartage (25.2.-1.3., 18.3.-22.3., 15.4.-19.4.2013)